

Linkes Blatt DIE LINKE.

12. Ausgabe / 29. Jahrgang

Für Halle und den
Saalekreis

10. Dezember 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein ereignisreiches Jahr nähert sich dem Ende. Wir haben in diesem Jahr 2019 vor allem Wahlkämpfe bestritten und unsere Positionen an die Menschen in Halle kommuniziert, mit ihnen darüber diskutiert und ihnen zugehört.

Zur Kommunalwahl haben wir es geschafft, die stärkste politische Kraft zu werden und gezeigt, dass es auch weiterhin möglich ist, mit progressiver linker Kommunalpolitik Schlagkraft im Stadtrat zu entfalten. Dafür danken wir unseren Wahlkämpfer*innen und unseren 10 Stadträt*innen. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg für ihre Arbeit in den nächsten Jahren.

Wir haben einen exzellenten Oberbürgermeisterwahlkampf abgeliefert. Mit einem soliden rot-rot-grünen Bündnis, einer transparenten Kampagne und einem klaren an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Programm. Und auch wenn es nicht zu dem gewünschten Ergebnis gereicht hat, könnten wir doch mit Stolz sagen, dass wir den aufrichtigsten und bürgerlichsten Kandidaten ins Rennen geschickt haben, den diese Stadt seit Jahren gesehen hat. Auch hier an dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle, die sich daran in irgendeiner Weise beteiligt haben und unserem Kandidaten.

Aber auch Negativereignisse überschatten das Jahr 2019 hier in unserer Stadt und sogar weit darüber hinaus. Der 9. Oktober hat gezeigt, wie anfällig Teile unsere Gesellschaft schon wieder oder vielleicht sogar immer noch für menschenverachtenden Hass sind, der bis zum Töten von Menschen reicht. Doch nichtsdestotrotz lassen wir uns von diesen Ereignissen nicht unterkriegen. Denn gerade jetzt heißt es gegen jede Art von Hass, Rassismus und Antisemitismus die Stimme zu erheben und zu zeigen, dass wir das nicht tolerieren und nicht ohne Widerstand hinnehmen werden.

Liebe Genoss*innen und liebe Sympathisant*innen, wir wünschen euch eine harmonische Weihnachtszeit mit dem dazugehörigen Trubel, aber auch Zeit zum Besinnen, für euch und eure Lieben. Nutzt die Feiertage zum Erholen und Kraft tanken. Für den Jahreswechsel: „rutscht gut rein“ und einen tollen Start ins neue Jahr, vor allem Gesundheit, Energie und Lebensfreude für die kommenden Herausforderungen.

Jan Röttschke und Anja Krimmling-Schoeffler
Vorsitzende des Stadtverbandes

Geschäftsstelle Linker Laden im Dezember 2019

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht auf's Jahresende zu und damit sind, wie in jedem Jahr, wieder ein paar Änderungen bei den Öffnungszeiten unserer Geschäftsstelle verbunden. Dies ist besonders wichtig hinsichtlich der Barzahlung von Beiträgen und Spenden. Beachtet also bitte folgende Öffnungszeiten:

Mo., 09.12. 11.00 - 14.30 Uhr

Do., 12.12. 11.00 - 16.00 Uhr

Mo., 16.12. 11.00 - 15.00 Uhr

Do., 19.12. 11.00 - 13.30 Uhr

Kassenschluss ist am Montag, 16.12.2019. Ich bitte euch, noch fällige Beträge (auch die für die Europäische Linke) bis zu diesem Termin abzurechnen, sofern ihr diese nicht ohnehin abbuchen lasst.

Gleichzeitig möchte ich euch noch einmal an die Beitragsehrlichkeit erinnern. Für Änderungen diesbezüglich ist bei Abbuchungen ein Formular zur Einzugsermächtigung auszufüllen, da hierfür eure Unterschrift erforderlich ist. Ich wünsche euch noch eine schöne Adventszeit, fröhliche Weihnachten, und kommt gut und gesund ins Jahr 2020.

Lydia Roloff

Was ist gemeinnützig? Zur Entscheidung eines Finanzamtes

Offener Brief an den Bundesminister der Finanzen
Herrn Olaf Scholz

Wilhelmstraße 93
10117 Berlin

Sehr geehrter Herr Minister Scholz,
seit 2008 bin ich die Ehrenvorsitzende der VVN–BdA, der gemeinnützigen Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, gegründet 1947 von Überlebenden der Konzentrationslager und NS-Verfolgten. Die Arbeit der Antifa, die Arbeit antifaschistischer Vereinigungen ist heute – immer noch – bitter nötig. Für uns Überlebende ist es unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt, wenn jüdische Menschen und Synagogen angegriffen werden, wenn Menschen durch die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren und extreme Rechte nicht mal mehr vor Angriffen gegen Vertreter des Staates zurückschrecken.

Wohin steuert die Bundesrepublik?

Das Haus brennt – und Sie sperren die Feuerwehr aus!, wollen der größten und ältesten antifaschistischen Vereinigung im Land die Arbeit unmöglich machen? Diese Abwertung unserer Arbeit ist eine schwere Kränkung für uns alle. „Die Bundesrepublik ist ein anderes, besseres Deutschland geworden“, hatten mir Freunde versichert, bevor ich vor fast 60 Jahren mit meiner Familie aus Israel nach Deutschland zurückgekehrt bin. Alten und neuen Nazis bin ich hier trotzdem begegnet.

Aber hier habe ich verlässliche Freunde gefunden, Menschen, die im Widerstand gegen den NS gekämpft haben, die Antifaschistinnen und Antifaschisten. Nur ihnen konnte ich vertrauen.

Wir Überlebende der Shoah sind die unbequemen Mahner, aber wir haben unsere Hoffnung auf eine bessere und friedliche Welt nicht verloren. Dafür brauchen wir und die vielen, die denken wie wir, Hilfe! Wir brauchen Organisationen, die diese Arbeit unterstützen und koordinieren.

Nie habe ich mir vorstellen können, dass die Gemeinnützigkeit unserer Arbeit angezweifelt oder uns abgesprochen werden könnte! Dass ich das heute erleben muss!

Haben diejenigen schon gewonnen, die die Geschichte unseres Landes verfälschen wollen, die sie um-

schreiben und überschreiben wollen? Die von Gedenkstätten ‚als Denkmal der Schande‘ sprechen und den NS-Staat und seine Mordmaschine als ‚Vogelschiss in deutscher Geschichte‘ bezeichnen?

In den vergangenen Jahrzehnten habe ich viele Auszeichnungen und Ehrungen erhalten, jetzt gerade wieder vom Hamburger Senat eine Ehrendenk Münze in Gold. Mein zweites Bundesverdienstkreuz, das Große, haben Sie mir im Jahr 2012 persönlich feierlich überreicht, eine Ehrung für hervorragende Verdienste um das Gemeinwohl, hieß es da. 2008 schon hatte der Bundespräsident mir das Bundesverdienstkreuz

1. Klasse angeheftet. Darüber freue ich mich, denn jede einzelne Ehrung steht für Anerkennung meiner – unserer – Arbeit gegen das Vergessen, für ein „Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus“, für unseren Kampf gegen alte und neue Nazis.

Wer aber Medaillen an Shoah-Überlebende vergibt, übernimmt auch eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung für das gemeinsame NIE WIEDER, das unserer Arbeit zugrunde liegt.

Und nun frage ich Sie:

Was kann gemeinnützig sein, als diesen Kampf zu führen?

Entscheidet hierzulande tatsächlich eine Steuerbehörde über die Existenzmöglichkeit einer Vereinigung von Überlebenden der Nazi-Verbrechen?

Als zuständiger Minister der Finanzen fordere ich Sie auf, alles zu tun, um diese unsägliche, ungerechte Entscheidung der Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Arbeit der VVN–BdA rückgängig zu machen und entsprechende Gesetzesänderungen vorzuschlagen. Wir Überlebenden haben einen Auftrag zu erfüllen, der uns von den Millionen in den Konzentrationslagern und NS-Gefängnissen Ermordeten und Gequälten erteilt wurde. Dabei helfen uns viele Freundinnen und Freunde, die Antifaschistinnen und Antifaschisten – aus Liebe zur Menschheit! Lassen Sie nicht zu, dass diese Arbeit durch zusätzliche Steuerbelastungen noch weiter erschwert wird.

Mit freundlichen Grüßen

Esther Bejarano

Vorsitzende Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Ehrenvorsitzende der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Breite Berichterstattung und Solidarität mit der VVN-BdA

Seit der Veröffentlichung der Erklärung der VVN-BdA zum Entzug der Gemeinnützigkeit durch das Berliner Finanzamt wurde bundesweit über dieses Ereignis berichtet. Dutzende Solidaritätserklärungen verschiedenster Parteien, Gewerkschaften, Organisationen und Vereine haben die VVN-BdA erreicht. Dazu unzählige Emails, Twitter- und Facebook-Meldungen. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken. Bedanken möchten wir uns auch bei den etwa 550 neuen Mitgliedern, die in Folge des Entzugs der Gemeinnützigkeit in die VVN-BdA bis heute eingetreten sind, darunter ein Dutzend in Mecklenburg-Vorpommern. Unter den Neumitgliedern befinden sich auch die komplette Landtagsfraktion der Linken im Sächsischen Landtag und der Bremer SPD-Vorsitzende Sascha Aulepp.

Proteste können auch mit einem Eintrag in die beiliegende Open Petition zum Erhalt der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA abgegeben werden:

www.openpetition.de/petition/online/die-vvn-bdA-muss-gemeinnuetzig-bleiben-deutschland

Inzwischen sind zahlreiche Protestbriefe bereits unterwegs an Berlins Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hatte für seinen Kollegen Vorarbeit geleistet und im Januar 2019 mit einem Anwendungserlass zur Abgabenordnung die seit 2001 bestehende Regelung zur Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Körperschaften verschärft, wenn diese in Verfassungsschutzberichten des Bundes oder eines der Länder genannt werden. Insbesondere eine Erwähnung als „Verdachtsfall“ oder eine nur beiläufige Erwähnung im Verfassungsschutzbericht, aber auch sonstige Erkenntnisse böten im Einzelfall Anlass zu weitergehenden Ermittlungen der Finanzbehörde, z.B. auch durch Nachfragen bei den Verfassungsschutzbehörden – hieß es noch 2014 im Erlass zur Abgabenordnung. Daraus wurde 2019 eine Beweislastumkehr, ein grober Verstoß gegen rechtsstaatliche Grundsätze. Beschuldigte Organisationen sollten den vollständigen Beweis des Gegenteils er-

bringen. Die VVN hat dies nun in ihrem anwaltlichen Widerspruch gegenüber dem Finanzamt Berlin wie bereits bei der Ankündigung des Entzugs der Gemeinnützigkeit ausführlich getan, dessen Ausgang unklar ist. Es bleibt zudem ein unerhörter Angriff auf die VVN und die ganze Zivilgesellschaft bestehen. Deshalb gibt es erste parlamentarische Initiativen der Linken im Bund und in Bremen, um eine Bundesratsinitiative anzustoßen, damit die Änderungen der Abgabenordnung von 2019 zurückgenommen werden können und zivilgesellschaftliche Organisationen vor fragwürdigen Angriffen durch das Finanzrecht und vor existenzgefährdenden Eingriffen in Grundrechte geschützt werden können. Danken möchten wir auch den Aktivist*innen der Linksfraktion im Bundestag und weiteren Sympathisanten, die am 29.11.2019 vor dem Bundesfinanzministerium in Berlin gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA demonstriert haben.

Gern verweisen wir im Folgenden auf eine Liste der vielen bisherigen Solidaritätserklärungen für den Erhalt der Gemeinnützigkeit der VVN, die die VVN-BdA erreicht haben, und die zahlreiche Presseberichterstattung dazu. Stellvertretend sei hier ein Auszug des Kommentars des 91-jährigen Holocaustüberlebenden Horst Selbiger im Artikel „Die dritte Schuld“ in der Jüdischen Allgemeinen vom 28.11.2019 genannt: „Als Überlebender der Schoa, von dessen Familie 61 Menschen ermordet wurden, empfinde ich diese Maßnahme der Finanzverwaltung wie einen Keulenschlag direkt ins Gesicht. Danke, Herr Scholz, Ihr Alt-Parteimitglied Noske lässt grüßen, AfD und andere Nazis werden ihre Freude daran haben.“ Letzteres findet sich bestätigt in einem Artikel von Vera Lengsfeld in der rechten „Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt“ mit dem Titel „Bravo, Finanzamt Berlin!“.

Quelle: <https://vvn-bda.de/breite-berichterstattung-und-solidaritaet-mit-der-vvn-bda/>

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
DIE LINKE Saalekreis
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare
Spende erbeten
Endredaktion dieser Ausgabe:
06.12.2019
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 09.01.2020

In Berlin und (H)alle dabei – #HaltDieFresse! Petras Jahresrückblick 2019

2018 habe ich mein Jahr in Form eines Adventskalenders Revue passieren lassen. Hinter jedem Türchen verbarg sich damals ein Ereignis des alten Jahres, ein schöner Termin im Wahlkreis, ein kulturelles Highlight aus Halle und vieles mehr. Jedes Türchen wurde damals auf meiner Homepage und auf meiner Facebookseite online gestellt und konnte auch angehört werden.

Dieses Jahr mache ich es genauso – nur anders. Denn dieses Jahr will ich nicht meine Termine oder politische Ereignisse in den Mittelpunkt stellen, sondern die Zivilgesellschaft, ehrenamtliche Arbeit und kulturelle Projekte der schönen Saalestadt Halle vorstellen. Warum? Wo Politik versagt, braucht es das Engagement der Menschen und dieses Engagement muss gewürdigt werden. Besonders die Zivilgesellschaft unserer Stadt wurde dieses Jahr auf eine harte Probe gestellt und hat eindrucksvoll gezeigt, dass wir uns unser buntes, friedliches und solidarisches Halle nicht durch Hass und Terror nehmen lassen. Das nahm ich mir zum Anlass für meinen diesjährigen Adventskalenderjahresrückblick. Klickt ihr also auf meine Homepage oder schaut auf meiner Facebookseite vorbei, dann findet ihr dort jeden Tag ein Türchen, hinter dem sich ein Verein, eine Initiative oder Kunstgruppe verbirgt.

Das dumme an Adventskalendern ist ja, dass sie nur 24 Türchen haben. Ob sie nun mit Schokolade oder mittollen Vereinen gefüllt sind, sie sind einfach viel zu

schnell vorbei, diese Tage vor Weihnachten. Unmöglich kann ich in dem Kalender alle Vereine und Organisationen, alle Einzelkämpfer*innen und Verbände, alle Projekte und Bündnisse unterbringen, die es in Halle gibt, und doch sind sie da und gehören zum zivilgesellschaftlichen Engagement dazu.

Ich danke hier allen ehrenamtlichen Helfer*innen und Genoss*innen, die sich für uns in der LINKEN, aber auch in anderen Parteien und Gewerkschaften, für eine demokratische und gerechte Gesellschaft einsetzen und in unserem halleschen Superwahljahr alles gegeben haben, um eine starke Linke in den Stadtrat und an die Stadtspitze zu bekommen. Auch wenn wir nicht alle Ziele erreichen konnten, so können und sollten wir stolz auf unsere Ergebnisse sein.

Danke an alle, die jeden Tag irgendwo in Halle und in der Welt mit anpacken, sozial und solidarisch handeln, die Projekte auf die Beine stellen, Spenden sammeln oder geben, die zuhören, helfen, organisieren, demonstrieren, die schaffen und aufbauen, die für eine bessere Welt eintreten und kämpfen, die glauben, hoffen und handeln. Ohne die Zivilgesellschaft, ohne gesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement wären diese Stadt und dieses Land kalt und grau. Ihr macht es lebendig und bunt.

Wir, also Petra und ihr Team, sagen Danke an euch alle! Macht weiter so und bleibt dran, denn es lohnt sich – irgendwann. Schöne Feiertage und ein gutes neues Jahr!

Die RLS Sachsen-Anhalt lädt ein:

21.01.2020, Dienstag 18 Uhr, Vortrag mit Diskussion

Das Schicksal des deutsch-jüdischen Arztes Dr. Gustav Flörsheim (1894-1943)
mit Dr. Werner Dietrich (Historiker)

im Linken Laden, Leitergasse 4, 06108 Halle (Saale)

gemeinsame Veranstaltung mit dem VVN-BdA Landesverband Sachsen-Anhalt

Der Historiker Dr. Werner Dietrich stellt Ergebnisse seiner Forschungen vor. Der Vortrag gibt anhand der Biografie Gustav Flörsheims einen Einblick in den Widerstand gegen und die Verfolgung durch die NS-Gewaltherrschaft. Der deutsch-jüdische Arzt wurde 1935 ins Zuchthaus „Roter Ochse“ geworfen und 1943 im KZ Auschwitz ermordet.

Gesamtmitgliederversammlung am 23. November 2019, Wahlergebnisse

Vorsitzende Stadtvorstand

Anja Krimmling-Schoeffler, 105 Stimmen

Jan Röttschke, 111 Stimmen

stellvertretender Vorsitzender

Dirk Gernhardt, 103 Stimmen

Schatzmeisterin

Jana Bauermann, 113 Stimmen

Stadtvorstand

Ute Haupt, 100 Stimmen

Aurelia Berger, 92 Stimmen,

Renate Krimmling, 90 Stimmen

Janina Böttger, 88 Stimmen

Lydia Roloff, 88 Stimmen

Lukas Wanke, 93 Stimmen

Lukas Pöhl, 89 Stimmen,

Maik Sommer, 87 Stimmen,

Lorenz Schleyer, 86 Stimmen,

Niklas Ufer, 81 Stimmen

Finanzrevisionskommission

Frigga Schlüter-Gerboth, 103 Stimmen

Rainer Pommrich, 49 Stimmen

Landesausschuss

Marion Krischok, 109 Stimmen

Dr. Christine Radig, 103 Stimmen

Ersatzmitglieder Landesausschuss

Lukas Wanke, 106 Stimmen

Delegierte Bundesparteitage 2020/2021

Janina Böttger, 101 Stimmen

Jan Röttschke, 107 Stimmen

Ersatzdelegierte Bundesparteitage 2020/2021

Jan Hoffmann, 100 Stimmen

Lydia Roloff, 94 Stimmen

Rainer Pommrich, 87 Stimmen

Vorabinformation:

Diskussion zum Papier des Landesvorstandes zum Sozialstaatsdialog

21. Januar 2020, 18:00 Uhr

Der Ort wird noch bekanntgegeben.

„Übles Nachtreten gegen die EU“

Pressemitteilung MdEP Helmut Scholz (LINKE):

Der Handelspolitische Sprecher der Linksfraktion im Europäischen Parlament, Helmut Scholz, hat die neuen Strafzölle der USA gegen Agrarexporte aus Airbus-Herstellerländern als „übles Nachtreten gegen die EU nach dem WTO-Urteil gegen Subventionen für Airbus“ bezeichnet. „Unsere Bauern verlieren ihr Einkommen als Strafe für Industriesubventionen – aber auch für falsche WTO-Regeln“, sagte der LINKE-Europapolitiker in der Plenardebatte.

Das Parlamentsplenum hatte über die Bewältigung der Folgen der Airbus-Entscheidung auf die europäische Landwirtschaft debattiert. Die neue EU-Kommission unter Ursula von der Leyen müsse aus dieser Entwicklung zwei Dinge lernen, so Helmut Scholz. „Erstens: Vertrauen Sie nicht Donald Trump.

Der dankt es Ihnen nicht, wenn die EU sich Handelsfrieden durch viel Geld für Soja und Gas aus den USA erkaufen will. Und zweitens: Hören Sie auf, Industriesubventionen zu verteufeln. Ändern Sie die WTO-Regeln. Nehmen Sie Geld in die Hand für nachhaltige Industriepolitik und Zukunftstechnologie und erlauben Sie das auch anderen WTO-Mitgliedern. Das brauchen wir, um den Klimawandel zu stoppen.“

Der Handelsexperte forderte, die betroffenen Agrarbetriebe in der EU zu unterstützen. „Das kann durch Ausgleichszahlungen, aber auch durch Förderung der Diversifizierung des Exports geschehen. Auch in China wird französischer Wein geschätzt.“

Hintergrund

Mitte Oktober hatte die US-Regierung Strafzölle auf Agrarprodukte aus EU-Staaten erlassen, darunter unter anderem Parmesankäse, Olivenöl und Butter. Die Zölle sind nach Ansicht der US-Administration eine „Vergeltung“ für rechtswidrige EU-Subventionen für den Flugzeugbauer Airbus. Schlichter der Welthandelsorganisation (WTO) hatten der US-Regierung das Recht dazu gegeben.

Das „Zentrale“ Krankenbett der LINKS-Partei

von Herbert Schmidt, OV Wettin-Löbejün (verstorben am 6. November 2019)

Ich werde im August 92, bin 74 Jahre Mitglied der Partei und gehöre zur Ortsgruppe Wettin-Löbejün. Aus der SED hervorgegangen, trafen wir uns alle 6 Wochen als Basis-Gruppe der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) und nach dem Zusammenschluss mit der WASG als Ortsgruppe Der LINKEN, in der Bierstube von Heidi Scholz, in Plötz.

Hervorheben möchte ich meine Zufriedenheit über die rege Beteiligung der Gruppe an den Diskussionen, die unter der Leitung des Genossen Klaus-Dieter Iffarth, interessant verliefen.

Wir haben das Manifest der Kommunistischen Partei studiert und alle haben sich zur Losung: „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ bekannt. Auch dazu, dass der kapitalistischen Gesellschaft eine sozialistische folgen muss! So, wie es im Erfurter Parteiprogramm steht.

Es ist schon lange her und ich vermisse sehr...
Die Formel von Erfurt und noch mehr,
der linke Aufbruch der muss endlich her!

Es genügt nicht, Genosse Bernd Riexinger, zu sagen:
„Die LINKE ist die einzige politische Kraft, die für grundlegende Alternativen zur Politik der Großen Koalition eintritt.“...

... wenn die politische Führung der Linkspartei, angesichts der schon 2016, von der Genossin Katja Kipping gemachten Aussage: „Wir erleben eine neue doppelte Spaltung. Sie war schon immer da, aber jetzt bestimmt sie mit voller Wucht die Debatte und Selbstzuordnung der Menschen.“ (und die Wahlergebnisse)

... wenn Buchautoren, wie Ekkehard Lieberam, angesichts der „Konfrontationsregie“ und der „Niedertracht“ in der Linkspartei, die Therapie „Mehr Marx als Murks“ verordnet.

... wenn die Parteigruppe, der ich angehöre, Töne über eine Ablösung der „Parteispitze“ laut von sich geben.

Zu meiner Literatur zählen die Zeitschriften „Disput“ und „Rot Fuchs“ und zahlreiche Bücher, wie „Was war die DDR wert?“ von Siegfried Wenzel oder „Die sozialistische Zukunft“, von Klaus Blessing. 2019 erschien „Wann wir streiten Seit`an Seit` von Heinz

Niemann. Hier ein Ausschnitt: „Das haben die Ideologen und Demagogen der Herrschenden des Kapitalistischen Systems erreicht, dass weder die Linkspartei, schon gar nicht die SPD, es wagen, beim Suchen nach Alternativen auch nur einen Gedanken an die DDR verschwenden.“

Ja! Ich stelle mich an die Seite des Politwissenschaftlers Heinz Niemann, wenn er vom Niedergang der Sozialdemokratie spricht, die zum reinen Pragmatismus verludert und wenn er behauptet, die Linkspartei folge ihr darin auf dem Fuße.

Ich zitiere Klaus Blessing, der in seinem Buch diesbezüglich auch der Linkspartei unterstellt: „Wer die Vergangenheit (DDR) nicht bewältigt oder falsch interpretiert, wird mit der Gegenwart nicht fertig und sorgt nicht für eine lichte Zukunft seiner Enkel!“

Was würde Karl Liebknecht, dessen Namen euer Sitz trägt, zu eurem Zerwürfnis sagen?

„Packt euren Kram zusammen und geht nach Hause!“
Zur Freude meiner alten Tage, vernahm ich die Miss-töne des staatlichen Fernsehens, das sich von der Aussage des Chefs der JUSO, Kevin Kühnert, distanzier.

Kühnert hat auf die Frage von Jochen Bittner und Tina Hildebrandt, ZEIT ONLINE:

„Was heißt Sozialismus für Sie, Kevin Kühnert?“ geantwortet:

„Zum Beispiel die Kollektivierung von Firmen wie BMW. In der Wirtschaftsordnung gäbe es auch kein (Privat-)Eigentum mehr. Sozialismus ist ein Versuch, dem Ideal einer freien, gleichen und solidarischen Gesellschaft andauernd ein Stück näher zu kommen.“

Am 6. November 2019 verstarb im Alter von
92 Jahren unser streitbarer Genosse

Herbert Schmidt.

Kritisch verfolgte er das Geschehen in der
Welt und in Deutschland.

Er verstand es bis zuletzt, historisches
Wissen und Erfahrung mit unserer heutigen
Lebenssituation zu verbinden und die nötigen
Schlüsse zu ziehen.

Wir werden ihn vermissen.
Ortsverband Wettin-Löbejün

Aus der letzten Stadtratssitzung am 27.11.2019

Unsere Fraktion hatte für diese Stadtratssitzung einen Antrag für die Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema „Haushalt 2020 und Haushaltskonsolidierungskonzept“ ... eingereicht. Nach der Geschäftsordnung des Stadtrates ist eine aktuelle Stunde möglich, wenn zu dem angegebenen Thema keine Beschlussvorlage auf der Tagesordnung steht. Aus unserer Sicht war das so, denn der Haushalt sollte unter dem Punkt „Mitteilungen“ eingebracht werden. Das Haushaltskonsolidierungskonzept stand gar nicht auf der Tagesordnung. Die Verwaltung sah das Ganze aber anders als wir. Sie vertrat die Rechtsauffassung, dass das Konzept bereits im Stadtrat beraten wurde und damit im „Gremienlauf“ sei. Die Stadtratsvorsitzende nahm von ihrem Recht Gebrauch, die Entscheidung bei unterschiedlichen Rechtsauffassungen zu übernehmen. Sie plädierte für die aktuelle Stunde. Dem widersprach die AfD-Fraktion, so dass es zu einer Abstimmung kam. Der Stadtrat stimmte anschließend mehrheitlich zu und die aktuelle Stunde stand fest. In dieser Diskussion zum Haushalt etc. stellte Bodo Meerheim eindringlich dar, dass er Sorge hat, wie es mit dem Haushalt in unserer Stadt weitergehen würde. Erst mit dem Tag des Stadtrates wurde der Haushalt eingebracht, sollte aber knapp 3 Wochen später bereits wiederum im Stadtrat beschlossen werden. Auch andere Fraktionen kritisierten den Zeitplan. In der Diskussion wurde auch aufgezeigt, dass der Vorschlag der Verwaltung zum Haushaltskonsolidierungskonzept vom Landesverwaltungsamt kritisiert wurde; ein neuer Vorschlag seitens der Stadtverwaltung lag aber nicht vor. Bodo Meerheim unterstrich, dass es eine gemeinsame Aufgabe von Verwaltung und Stadtrat sei, einen Haushaltsentwurf zu erarbeiten. Die Stadträte sehen sich bei der Verabschiedung des Haushaltes nicht mitgenommen. Er sehe durchaus Risiken im Haushaltsentwurf. Innerhalb des Dezembers sind jetzt übrigens für alle Ausschüsse Sondersitzungen (2. Lesungen) anberaumt, um den Haushalt tatsächlich noch im Dezember zu verabschieden. Aber ob das gelingt, ist noch fraglich!!! Herr Geier, Finanzbeigeordneter, stellte in der Diskussion die Eckdaten zur Haushaltsplanung vor (Mehreinnahmen soll es u.a. durch Parkgebühren geben,

große Einschnitte sind im Sozialbereich geplant. Das wird aber in den Beratungen zum Haushalt in den Ausschüssen noch thematisiert werden.)

In die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle wurden aus unserer Fraktion Anja Krimmling-Schoeffler und Thomas Schied, als Stellvertreter Alexander Keck und Dirk Gernhardt gewählt. Ebenfalls gewählt wurde im Stadtrat ein Waldbeirat. Ganz unbescheiden darf man mal erwähnen, dass die Initiative dazu von unserer Fraktion ausging. Hoffen wir nun, dass wir in Zukunft einen gesunden Wald in Halle haben werden!

Nicht beschlossen wurde der Bebauungsplan Nr. 88.2 - Gießereidreieck. Hier sollte ein Weg entwidmet werden. Unsere Fraktion stimmte dem nicht zu. Die Eigentümer der dort entstandenen Häuser wollten damit u.a. Schmierereien etc. an ihren Häusern vorbeugen. Das allgemeine Interesse, hier die Beibehaltung des Weges, wurde mit der Mehrheit des Stadtrates unterstrichen.

Von der Tagesordnung wurden das Sportentwicklungskonzept, die Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes, das IT-Konzept für kommunale Schulen und diverse Anträge genommen. Hier gibt es noch Diskussionsbedarfe in den Fachausschüssen. Unseren Antrag zur Anschaffung mobiler Fahrradabstellanlagen haben wir in den Planungsausschuss und Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung verwiesen. Die Stellungnahme der Verwaltung plädierte auf Ablehnung, u.a. weil sie keine Möglichkeiten für die Einlagerung dieser Abstellanlage sieht... In den Ausschüssen haben wir nun die Möglichkeit, noch einmal über das Anliegen zu sprechen.

Eine Resolution „Wir sind weltoffen, vielfältig und international“ - eingereicht von den Fraktionen der LINKEN, Hauptsache Halle, der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion MitBürger & DIE PARTEI - wurde mehrheitlich beschlossen. Das Ziel der Resolution ist, zu zeigen, dass für Rassismus in unserer Stadt kein Platz ist!

Ein Änderungsantrag der AfD dazu wurde abgelehnt. Ute Haupt

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 20./21./22.11.2019

#Arbeitsplätze

Solidarität mit den Beschäftigten bei Enercon, Windenergie retten

Die angekündigten Massenentlassungen beim Windenergieanlagenhersteller Enercon sind sozial und wirtschaftlich ein Desaster für die Betroffenen und die Region sowie für die Klimaziele. Deshalb forderte der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann, dass sich der Landtag solidarisch an die Seite der Beschäftigten stelle und darauf hinwirke, dass das Unternehmen gemeinsam mit den Beschäftigten Perspektiven für den Standort erarbeitet. Dieser neuerliche Vorgang des Abbaus von Arbeitsplätzen nach der Inanspruchnahme von Wirtschaftsförderung soll nach unserer Ansicht Anlass sein, die Fördermittelvergabe deutlich effektiver an den Erhalt von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung im Land Sachsen-Anhalt zu knüpfen. Unser Antrag wurde zur Beratung in den Wirtschafts- und den Sozialausschuss überwiesen.

#Kinderrechte

Kinderrechte ins Grundgesetz

30 Jahre nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention fehlt es immer noch an der Umsetzung elementarer Forderungen. Zu nennen sind der Grundrechtstatus von Kindern, das Herstellen von Bildungsgerechtigkeit und der Kampf gegen Kinderarmut. Obwohl im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorgesehen ist, Kinderrechte in das Grundgesetz aufzunehmen, sind derzeit konkrete Maßnahmen noch nicht in Sicht. Deshalb forderte die kinder- und familienpolitische Sprecherin Monika Hohmann die Landesregierung auf, im Bundesrat aktiv zu werden und sich für die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen. Wir wollen, dass das Kindeswohlprinzip bei allem staatlichen Handeln, das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung einschließlich des Rechts auf Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei allen staatlichen Entscheidungen, die sie betreffen, Berücksichtigung finden. Dieser Antrag wurde zur Beratung in den Rechts-

und den Sozialausschuss überwiesen.

#Senioren

Sinnvolle und lebensnahe Seniorenpolitik

Für die Fraktion DIE LINKE forderte die seniorenpolitische Sprecherin Katja Bahlmann die Landesregierung auf, das Seniorenpolitische Programm des Landes weiterzuentwickeln. Dabei sollen vor allem lebensnahe und praktische Maßnahmen ergänzt werden, die an die tatsächlichen Problemlagen von Seniorinnen und Senioren anknüpfen. Fahrpläne sind zu klein gedruckt und nicht lesbar. Fehlender oder schlecht organisierter ÖPNV insbesondere im ländlichen Raum schränkt ihre Mobilität stark ein. Vereinsamung und Rückzug im Alter bereiten Sorge. Sachsen-Anhalt soll nach unserer Auffassung dem Beispiel Brandenburgs folgen, das 2011 das Programm „Aktives Altern in Brandenburg - Seniorenpolitisches Maßnahmenpaket der Landesregierung“ aufgelegt hat. Mit diesem Antrag wird sich der Sozialausschuss weiter befassen.

#Arbeitsschutz

Modernen Arbeitsschutz gewährleisten

Zur Durchsetzung eines effizienten Arbeitsschutzes von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern forderte der gewerkschafts- und wirtschaftspolitische Sprecher Andreas Höppner die Landesregierung auf. Dazu sind die Arbeitsschutzbehörden personell zu verstärken. Denn insbesondere das Landesamt für Verbraucherschutz wurde in den vergangenen Jahren personell reduziert. Damit einher ging auch eine Reduzierung der Betriebskontrollen. Die Identifizierung von schwarzen Schafen beim Arbeitsschutz und bei der Entlohnung erhöht das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber vor allem auch der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Da sich durch die sich wandelnde Arbeitswelt, insbesondere auch den digitalen Wandel, psychische Erkrankungen zunehmen fordert die Fraktion DIE LINKE eine diesbezügliche Modernisierung des Arbeitsschutzrechtes.

Dieses Thema soll im Sozialausschuss weiterberaten werden.

#Pflegekinder

Pflegekinderwesen verbessern und Alleinerziehende stärker unterstützen

Im April 2019 hatte die familienpolitische Sprecherin Monika Hohmann der Fraktion DIE LINKE einen Antrag eingebracht, die Strukturen des Pflegekinderwesens zu verbessern und Alleinerziehende stärker zu unterstützen. Darin forderten wir die Landesregierung zur Schaffung gleichwertiger Rahmenbedingungen für Pflegeeltern auf. Der zuständige Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration hat eine Beschlussempfehlung erarbeitet, mit der unser Antrag deutlich verändert wurde. Insbesondere unsere Forderung nach besonderer Unterstützung Alleinerziehender fiel gänzlich aus der Beschlussempfehlung heraus. Dabei kommen mehr als 50 Prozent der Pflegekinder aus Haushalten Alleinerziehender und bedürfen deshalb besonderer Unterstützung. Die Fraktion DIE LINKE hat daher die Beschlussempfehlung des Ausschusses abgelehnt.

#Umwelt

Fischsterben in der Bode bei Staßfurt

In den letzten Jahren gab es immer wieder Meldungen zum Fischsterben in der Bode bei Staßfurt. Die Men-

schen vor Ort sind verunsichert. Um die Sorgen der Menschen vor Ort ernst zu nehmen und Klarheit sowie Vertrauen in staatliches Handeln zu bekommen, helfen nach Auffassung des umweltpolitischen Sprechers Hendrik Lange nur Kontrollen, unabhängige Gutachten, Einbeziehung der Menschen vor Ort und absolute Transparenz. Deshalb forderte DIE LINKE ein umfangreiches Maßnahmenpaket. Unter anderem sollen durch einen unabhängigen Gutachter kontinuierlich die Einleitstellen/Messstellen überprüft und zusätzliche Messpunkte dort eingerichtet werden, wo die Abwässer verschiedener Einleiter noch zu unterscheiden sind und der Umgang mit Ammoniak im Unternehmen CIECH Sodawerke Staßfurt geprüft werden. Mit diesem Antrag befasst sich der Umweltausschuss.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL),
22. November 2019

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzung im November 2019 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.

Die RLS Sachsen-Anhalt lädt ein:

27.01.2020, Montag, 20:00 Uhr - 22:30 Uhr, Szenische Lesung

‘Es gibt Zeiten, in denen man welkt’ - Szenische Lesung und Konzert

mit Bianca Pick (Literaturwissenschaftlerin), Julia Raab (Theaterpädagogin) und der Band ‘Die Grenzgänger’

im WuK Theaterquartier, Am Holzplatz 7 a, 06110 Halle (Saale)

gemeinsame Veranstaltung mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Mitteldeutschland, Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, Gedenkstätte ROTER OCHSE und WuK Theaterquartier

Unter dem Titel „Mein Leben in Deutschland“ fordert 1939 ein Preisausschreiben Emigranten rund um den Globus dazu auf, über ihr Leben in Deutschland zu berichten.

Unter den Einsendungen befand sich die Autobiografie Käthe Vordtriedes (1891-1964), der im gleichen Jahr nur knapp die Flucht vor der Verfolgung durch die Nationalsozialisten in die Schweiz gelang.

Dort erfährt sie von der Ausschreibung und berichtet über ihr Leben, das für sie als Jüdin immer bedrohlicher wurde. Ihr Manuskript war jahrzehntelang unauffindbar. In der Szenischen Lesung werden die Texte aus der erst 1999 entdeckten Autobiografie “Es gibt Zeiten, in denen man welkt” lebendig.

Im Anschluss an die Lesung spielt die Bremer Band ‘Die Grenzgänger’ ein Konzert.

Stahlknecht kneift und bleibt Antworten schuldig

Henriette Quade

Zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport und dem Agieren des Innenministers erklärt die innenpolitische Sprecherin Henriette Quade:

»Wenig überraschend hat die Fraktion DIE LINKE zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport einen Selbstbefassungsantrag zur Benennung Rainer Wendts als Staatssekretär im Innenministerium gestellt.

Damit sollte dem zuständigen Ausschuss eine Grundlage für die Beantwortung von Fragen, die sich nach den Ereignissen der letzten Woche aufdrängen und auf der Hand liegen, geschaffen werden. Zwar wurde der Antrag auf die Tagesordnung genommen und als erster Tagesordnungspunkt behandelt. Der Minister beantwortete jedoch keine einzige Frage, sondern verwies lediglich darauf, dass es sich um eine parteipolitische Entscheidung handelte, die in den Kernbereich der Exekutive falle und daher nicht der Auskunftspflicht unterliege. Er lehnte deshalb jede weitere Auskunft dazu ab.

Somit bleibt festzuhalten, dass Minister Stahlknecht seiner Partei mehr Fragen beantwortet als dem zuständigen Ausschuss. Für die politischen Erwägungen, die ihn und auch den Ministerpräsidenten bewegen haben, den Rechtspopulisten Wendt zum Staatssekretär berufen zu wollen, mag sein Verweis auf die nicht greifende Auskunftspflicht zutreffen. In Bezug auf die beamtenrechtlichen Hindernisse für seine Berufung, die Frage wem wann was dazu bekannt war und ob der Minister von Herrn Wendt über seine Disziplinarmaßnahme unterrichtet wurde, wäre eine Beantwortung im Innenausschuss nicht nur angemessen, sondern auch dringend nötig gewesen.

Die Weigerung des Ministers, dazu im Innenausschuss Auskunft zu geben und sich zu erklären, die Tatsache, dass der Ministerpräsident es trotz Beantragung nicht für nötig hielt zu erscheinen und der Umstand, dass keine andere Fraktion irgendeine Frage zum gesamten Vorgang im Innenausschuss stellte, sprechen Bände.

Die Nichtbeantwortung der auch öffentlich zahlreich gestellten Fragen durch den Innenminister im zuständigen Ausschuss fügt sich nahtlos an sein Agieren in der gesamten Causa Wendt an. Es ist eine Missachtung des für den Bereich Inneres zuständigen

Ausschusses und des Parlaments und wirft ein bezeichnendes Licht auf das Amtsverständnis und Verantwortungsbewusstsein des Innenministers.

In einer solchen - für ihn zweifellos nicht angenehmen - Situation auf die nicht greifende Auskunftspflicht zu verweisen, die Gelegenheit zu nötigen Klarstellungen verstreichen zu lassen und das Kneifen bei der Beantwortung von Fragen belegen zwei Dinge: Der Innenminister hat aus dem Eingeständnis von Fehlern offensichtlich nichts gelernt. Er misst der Verantwortung vor seiner Partei augenscheinlich mehr Relevanz zu, als seiner Verantwortung vor dem Parlament und steht damit beispielhaft für das Agieren der CDU in diesem Land.«

**Die RLS Sachsen-Anhalt lädt ein:
29.01.2020, Mittwoch, 14:30 Uhr, Vortrag
mit Diskussion**

Aktuelle gesundheitspolitische Diskussionen in
Deutschland
mit Dr. habil. Viola Schubert-Lehnhardt

**im Linken Laden, Leitergasse 4,
06108 Halle (Saale)**

16 Monate – 16 neue gesundheitspolitische Gesetzesvorschläge von Gesundheitsminister Jens Spahn. Wie verändert sich die Gesundheitsversorgung für Bürgerinnen und Bürger, Patientinnen und Patienten? Verschärft sich die Ungerechtigkeit im Gesundheitssystem weiter? Wie steht es um die „Selbstbestimmung“ des Menschen?

**8. Januar 2020, 18:00 Uhr,
Linker Laden:
BO-Vertreter*innenversammlung**



Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz

Fraktion DIE LINKE

Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz
Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat aktiv zu werden und sich für die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen. Dabei sollen

- die Beachtung des Kindeswohlprinzips bei allem staatlichen Handeln, das Kinder und Jugendliche betrifft,
- das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung einschließlich des Rechts auf Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen und
- die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei allen staatlichen Entscheidungen, die sie betreffen, Berücksichtigung finden.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Erfahrungsbericht zu Inhalt und Auswirkungen der kinder-

spezifischen Verfassungsbestimmungen des Landes Sachsen-Anhalt zu erstellen. Dieser Bericht soll dem Landtag bis Mitte 2020 übergeben werden.

Begründung

30 Jahre nach Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention fehlt es immer noch an der Umsetzung elementarer Forderungen. Zu nennen wären der Grundrechtstatus von Kindern, das Herstellen von Bildungsgerechtigkeit und der Kampf um Kinderarmut. Obwohl im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorgesehen ist, Kinderrechte in das Grundgesetz aufzunehmen, sind derzeit konkrete Maßnahmen noch nicht in Sicht.

Das Land Sachsen-Anhalt hat der im Bund tagenden Arbeitsgruppe keinen Erfahrungsbericht zugearbeitet, dies sollte nun nachgeholt werden.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender

Kinderschutz und frühe Hilfen in Sachsen-Anhalt

Monika Hohmann zu TOP 12: Große Anfrage „Kinderschutz und frühe Hilfen in Sachsen-Anhalt“; Antrag: Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren,
vor 30 Jahren hatten sich die UN-Mitgliedsstaaten verpflichtet, Kindern mehr Rechte zu gewähren. Neben den Bereichen Förderung und Beteiligung gibt es noch den des Schutzes. Und genau diesen haben wir uns in unserer großen Anfrage näher betrachtet. 10 Jahre nach der Verabschiedung des Kinderschutzgesetzes im Land, wollten wir die Wirksamkeit erfragen, um daraus eventuelle Handlungsbedarfe abzuleiten.

Zunächst einmal muss man sagen, dass seit Inkrafttreten 2009 einiges bewegt worden ist und sich manches verbessert hat (finanzielle Förderung, Früherkennung, U-Untersuchungen, Familienhebammen etc.). Das ist gut. Die Landesregierung selbst kann zu den Wirkungen des KiSchuG noch nichts Genaues sagen, sondern will auf dessen Evaluation warten.

Die Beantwortungen der Fragen zeigen schon jetzt, wo auf alle Fälle noch Handlungsbedarf besteht. Obwohl sich die Landkreise Anhalt-Bitterfeld, der Salzlandkreis und der Burgenlandkreis nicht an der Beantwortung der Großen Anfrage beteiligt haben, konnte dennoch ein guter Überblick zum Kinderschutz und Frühe Hilfen in Sachsen-Anhalt gegeben werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
auf einige wesentliche Antworten möchte ich nun eingehen. So fragten wir nach, wie sich die Zahl der in Anspruch genommenen Früherkennungsuntersuchungen seit 2009, also die U2 bis U9 entwickelten? Positiv konnte konstatiert werden, dass in Sachsen-Anhalt 72,7% aller Kinder zur Schuleingangsuntersuchung hierüber einen vollständigen Nachweis vorlegten. Dies ist ein Anstieg, von fast 53 Prozent im Jahr 2011, um 20 Prozentpunkte auf knapp 73 Prozent im Jahr 2018. Dennoch gab es auch hier landkreisbezogene Unterschiede. Im Salzlandkreis wiesen nur 65,1% und im Bördekreis 84,4% aller Kinder diesen vollständigen Nachweis auf.

Auf die Frage, ob es zutreffend ist, dass sich die Anzahl der Kinder mit seelisch-emotionalen und psycho-sozialen Belastungen oder Behinderungen erhöht hat, zeigten die vorgelegten Zahlen eine deutliche Sprache. Im Jahr 2009 erhielten 11771 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren Erzieherische Hilfen. Im Jahr 2017 waren es schon 16577 Betroffene. Den größten Anteil der Hilfe stellten die Sozialpädagogische Familienhilfe, die Familienberatung, gefolgt von der Heimerziehung oder sonstige Wohnformen.

Sehr geehrte Damen und Herren, bei all diesen Befunden muss auch der Einsatz von Fachkräften mit betrachtet werden. So widmete sich ein Abschnitt unserer Anfrage dem ASD. Wir wollten erfahren, wieviel Familien eine Fachkraft im ASD betreut. Aus fachlicher Sicht sollte das Verhältnis 1:35 sein. Das Ergebnis unserer Anfrage zeigt, dass diese Relation nur in Halle eingehalten bzw. verbessert wird. Hier ist die Relation 1:30. Dagegen ist die Betreuung im Altmarktkreis Salzwedel von 1:68 zu hinterfragen. Die Studie der Hochschule Koblenz „Berufliche Realität im Jugendamt: der ASD in strukturellen Zwängen“ aus dem Mai 2018 zeigt, dass hier Handlungsbedarf besteht und die derzeitigen strukturellen Rahmenbedingungen im System der Kinder- und Jugendhilfe eine professionelle sozialpädagogische Arbeit behindern. Finanzielle Engpässe, aufgrund knapper Haushaltslagen in vielen Kommunen und steigendem Fachkräftemangel, machen es dem Fachpersonal oft schwer, die für die Familie bestmögliche Entscheidung zu treffen. Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration nimmt deshalb diese Studie zum Anlass für eine gemeinsame Fachtagung mit dem Landesjugendhilfeausschuss und dem Landesjugendamt. Bei diesem Fachaustausch sollen die Personalausstattung der Jugendämter sowie Personalbedarfsbemessungsverfahren im Mittelpunkt stehen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, überrascht waren wir ebenfalls von den Zahlen in der Anlage 6 zur Meldung von Kindeswohlgefährdung. Die Gesamtzahl stieg von 2315 im Jahr 2012 auf 3235 in 2018. Dabei erhöhten sich die Fälle akuter/latenter KWG gleichfalls. Die größte Art der Gefährdung ist nach wie vor die Vernachlässigung. Betroffen war ich von der gestiegenen Anzahl sexueller Gewalt. Wurden 2012 noch 18 Fälle registriert, waren es 2018 bereits 46. Jeder einzelne Fall ist einer zu viel und

deshalb, werte Kolleginnen und Kollegen, müssen wir alles tun, um hier entschieden entgegen zu wirken. Deshalb ist es zu begrüßen, dass im letzten Landesjugendhilfeausschuss der Antrag „Prävention, Schutz vor und Hilfe bei sexualisierter Gewalt von Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen“ mehrheitlich verabschiedet wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren, bei der Meldung von KWG ist festzustellen, dass die Jugendämter im Zeitraum von 2012 bis 2018 weniger meldeten. Bei anderen Meldern wie Polizei, Bekannte und Nachbarn, aber auch die Minderjährigen selbst, stiegen die Zahlen an. Gleichfalls wurde in unserer Großen Anfrage deutlich, dass die Zusammenarbeit zwischen Jugendämter und Schulen stellenweise als „überwiegend nicht gut“ bzw. „befriedigend“ angegeben wurde (Dessau, Magdeburg, Stendal und Wittenberg). Hier muss gefragt werden, warum dies so ist und wie es zu einer Verbesserung kommen kann. Des Weiteren wird deutlich, dass die lokalen Netzwerke überwiegend mit der Einbeziehung von Gesundheitsberufen Probleme haben. Das Ministerium schreibt dazu: „Für den Gesundheitsbereich ist jedoch nach Rückkoppelung der lokalen Netzwerke einzuschätzen, dass die Kooperation mit dem stationären Bereich zwar als durchweg gelungen eingeschätzt werden kann, während der Einbezug von niedergelassenen Medizinerinnen und Medizinern in die lokalen Netzwerke als noch deutlich ausbaufähig erscheint“. Hier ist Handlungsbedarf angezeigt.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Schluss meiner Ausführungen zur Großen Anfrage, möchte ich einige Anmerkungen zum Abschnitt „Lokale Netzwerke Kinderschutz“ vornehmen. Da wir bereits ab 2009 über ein Kinderschutzgesetz verfügten, konnte Sachsen-Anhalt diesen Vorlauf gut mit in das Bundeskinderschutzgesetz, welches ab 2012 in Kraft trat, überführen. Dies belegten auch die Antworten der Landesregierung. So setzte Sachsen-Anhalt bereits seit 2006 Familienhebammen ein. Mit Beginn des Bundeskinderschutzgesetz waren in Sachsen-Anhalt 48 Familienhebammen tätig. Im Jahr 2018 stieg deren Anzahl auf 71, wobei 22 Fachkräfte davon als Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen im Einsatz sind. Bemerkenswert ist hierbei, dass in den Landkreisen Wittenberg und Salzlandkreis ein Aufwuchs dieser Fachkräfte von 2



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat
Dezember Geburtstag haben.



auf 8 bzw. von 2 auf 9 stattfand, während im Harzkreis eine Reduzierung von 7 auf 3 Kräfte zu verzeichnen ist. Woran dies liegt, konnte in unserer Anfrage nicht beantwortet werden. Ich nehme an, dass im Rahmen der Evaluation dieser Punkt näher untersucht wird. Trotz der positiven Anzahl an Fachkräften, müssen wir im Land zur Kenntnis nehmen, dass der Einsatz von Familienhebammen immer schwieriger wird. Die Landesregierung führt dazu aus: „Bei steigender Nachfrage nach originären Hebammenleistungen verringern sich für die freiberuflich agierenden Hebammen die zeitlichen Kapazitäten, als Familienhebamme in den Frühen Hilfen tätig zu werden. Um den Ausbaustand des Angebotes halten zu können, ist es wichtig, für aktive Fachkräfte eine attraktive Beschäftigung zu bieten und frühzeitig neue Fachkräfte zu qualifizieren.“ Sie sehen, meine Damen und Herren, es ist zwingend notwendig, das Thema Kinderschutz in unserem Land noch weiter und intensiver anzugehen.

Damit komme ich zu unserem Antrag. Für meine Fraktion ist es ein wichtiges Anliegen, alles dafür zu tun, damit das Kindeswohl in allen Lebenslagen Berücksichtigung findet. Nach wie vor gibt es immer noch entscheidende strukturelle Benachteiligungen unter anderem von Kindern aus Familien mit niedrigem Einkommen, nichtdeutscher Familiensprache oder geringeren Bildungsressourcen als auch bei Kindern mit Behinderung. Deshalb ist es für uns ein wichtiges Anliegen, gerade 30 Jahre nach der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention auf die fehlende Umsetzung elementarer Forderungen aufmerksam zu machen. Zu nennen wäre der Grundrechtstatus von Kinderrechten, die Bildungsgerechtigkeit und der Kampf gegen Kinderarmut. Gerade das Kinderrecht auf soziale Sicherung wird in Deutschland verletzt, wie jüngst die Studie über Kinderarmut zeigt. Jedes 5. Kind in Deutschland und fast jedes 4. Kind in Sachsen-Anhalt ist davon betroffen. Diese Zahlen sind zu hoch und ein Armutszeugnis für unser reiches Land.

Sehr geehrte Damen und Herren,
so langsam bewegt sich auf Bundesebene in Sachen

Termine Linkes Blatt im 1. Halbjahr 2020

Redaktionsschluss	Erscheinungsdatum
09. Januar 2020	14. Januar 2020
06. Februar 2020	11. Februar 2020
05. März 2020	10. März 2020
02. April 2020	07. April 2020
07. Mai 2020	12. Mai 2020
04. Juni 2020	09. Juni 2020

Kinderrechte ins Grundgesetz einiges. So wurde 2016 angeregt, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzuberufen, die sich der Aufgabe einer Grundgesetzänderung, stellt. 2017 nahm eine gemeinsame Justiz-Familie-Bund-Länder-Arbeitsgruppe die Arbeit auf. Ein Abschlussbericht liegt seit geraumer Zeit vor. Erstaunt war ich, als ich mir die teilnehmenden Länder dieser Arbeitsgruppe näher anschaute. 25 Mitglieder hatte diese Arbeitsgruppe, 21 Mitglieder von Landesebene und 4 von Bundesebene. Von 16 Bundesländern waren 15 vertreten. Manche Bundesländer gleich mit mehreren Ressorts. Und nun dürfen sie mal raten, wer nicht vertreten war? Ich kann es Ihnen sagen: Sachsen-Anhalt nahm als einziges Bundesland nicht an dieser Arbeitsgruppe teil. Ebenfalls kam aus Sachsen-Anhalt keine Zuarbeit zu den Erfahrungen aus den Ländern zu Inhalt und Auswirkungen ihrer kinderspezifischen Verfassungsbestimmungen. Damit waren wir wieder mal die Einzigsten, die sich nicht positionierten. Und das, meine Damen und Herren, nenne ich ein „Armutszeugnis“ was sich hier unsere Landesregierung geleistet hat.

Nach allem, was ich in meiner Rede darlegte, ist es umso wichtiger, dass wir heute, einem Tag nach dem dreißigjährigen Bestehen der UN-Kinderrechtskonvention, aus Sachsen-Anhalt ein Zeichen setzen. Deshalb stimmen Sie bitte unseren Antrag zu!
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

#digitallinks

10 Punkte für eine digitale Agenda der LINKEN

Von Katja Kipping, Julia Schramm, Anke Domscheit-Berg, Petra Sitte und Martin Delius

*„Die Heimat der Linken war immer die Zukunft und sie gilt es zurückzuerobern.“
(Nick Srnicek und Alex Williams 2016)*

Kurzfassung

Digitalisierung und Industrie 4.0 bedeuten grundlegende Veränderungen. Die Art, wie wir leben und arbeiten, wie wir uns bewegen und wie wir kommunizieren, hat sich bereits entscheidend verändert – und wir erleben gerade erst die Anfänge dieses Prozesses. Denn die Digitalisierung eröffnet Chancen für eine demokratische wie solidarische Gestaltung von Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums – und ist selbst das Ergebnis sozialer Kämpfe, die das Kapital dazu zwangen, in die Automatisierung von Arbeit zu *investieren*, statt die Ausbeutung der Arbeit zu *intensivieren*.

Zugleich bringt uns ein blinder Technikoptimismus nicht weiter. Im Kapitalismus tendieren die technischen Potentiale systematisch dazu, in soziale Zumutungen umzuschlagen, wenn sich an den politischen Verhältnissen nichts ändert. Aus der Möglichkeit, weniger zu arbeiten und mehr zu leben, wird so z.B. eine Drohung mit Massenerwerbslosigkeit und Prekarisierung. Das ist die Dialektik der Digitalisierung. Die Digitalisierung offenbart heute, wie abstrus die künstliche Verknappung von Gütern ist: Im Gegensatz zu einem Apfel, der nur einmal gegessen werden kann, gibt es bei digitalen Gütern keine physische Begrenzung – jeder Ausschluss von der Nutzung muss hier gewollt sein, damit privater Profit geschaffen werden kann.

Doch mit den Möglichkeiten, die die Digitalisierung bietet, gibt es erstmalig die Perspektive auf einen Zustand, in dem es keinen

„natürlichen Mangel“ mehr gibt. Diese Möglichkeit zur Freiheit ist der Punkt von dem wir ausgehen – um die Verhältnisse von links in Frage zu stellen und in die Zukunft zu öffnen.

Die Grundlage für eine solidarische Gestaltung der Digitalisierung bilden für uns folgende Punkte:

1. Kooperation statt Konkurrenz: Eine Ökonomie des Gemeinsamen

Der aktuelle Kapitalismus basiert auf Konkurrenz und Ausschluss. Aber wir können es besser machen: in gemeinsamer Kooperation. Ohne Patentfreiheit für Software, Netzwerkeffekte, Open-Source-Lizenzmodelle, Freie-Software-Bewegung, offene Standards sowie öffentliche Investitionen würde es das heutige Internet nicht geben. Mehr noch: Daraus ergibt sich – analog wie digital – die Perspektive einer Ausweitung von Gemeingütern (Commons), statt der restlosen Kommerzialisierung der Welt.

2. Gute Arbeit, nicht ständig Arbeit

Wir brauchen eine drastische Arbeitszeitverkürzung, damit die Früchte der digitalen Revolution allen zugutekommen. Alle arbeiten weniger, damit bezahlte Arbeit besser verteilt wird. Digitalisierung und Automatisierung rollen uns für dieses Projekt den roten Teppich aus. Denn wenn der technische Fortschritt es möglich macht, immer weniger in immer kürzerer Zeit zu produzieren, sollten die Menschen auch immer

weniger arbeiten müssen: 30 Stunden pro Woche sind genug!

Zudem braucht es das Recht auf mindestens zwei Sabbaticals (Auszeiten) im Laufe des Erwerbslebens, das Recht auf Nicht-Erreichbarkeit, einen echten Feierabend sowie ein Weiterbildungsgesetz für digitale Arbeit. Im Bereich der Plattformökonomie muss die gewerkschaftliche Vertretung ausgebaut werden. Das bedeutet nicht zuletzt eine Sozialbeitragspflicht für solche Plattformen. Denn die Arbeit 4.0 braucht auch die Mittel, um für bessere Arbeitsbedingungen 4.0 zu kämpfen.

3. Emanzipation 4.0

Die Digitalisierung kann Motor der Emanzipation sein. Eine nachhaltige Emanzipation muss bei der ungerechten Verteilung der Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern ansetzen – und sie überwinden. Mehr Verfügung über die eigene Zeit, kann hier ein Tor öffnen. Es braucht mehr Geschlechtervielfalt in den so genannten MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Barrieren für Frauen sind auch dort systematisch abzubauen und Stereotypisierung von bestimmten Tätigkeiten und Kompetenzen ist entgegenzuwirken. Für Menschen mit Behinderungen bietet die Digitalisierung Möglichkeiten, sich mit Hilfe neuer Techniken besser einzubringen. Der Kampf gegen Diskriminierung muss online wie offline konsequent geführt werden.

4. Mitbestimmen, verändern, verbessern

Die Digitalisierung ermöglicht ein Demokratie-Update über die bisherigen Grenzen hinaus. Heute können sich viel mehr Stimmen artikulieren und dazu beitragen, die Gesellschaft sozialer und demokratischer zu machen. Die Digitalisierung ermöglicht uns Möglichkeiten: Open Government und vor allem Transparenz sind daher wichtige Instrumente, um die Rechte der Bürger*innen zu stärken. Auch die Software, die in politischen Prozessen eingesetzt wird, muss

durch ihre Anwender*innen überprüf- und modifizierbar sein – also Open Source. Denn nur wer weiß, was ist, kann auch etwas ändern. Dazu braucht es umfassende Regelungen, wie ein Transparenzgesetz.

5. Datenpolitik? Ja, bitte.

Wir wollen echte Datensouveränität und, dass die Menschen die Hoheit über ihre Privatsphäre haben. Machbar wäre das: z.B. durch die Verpflichtung zu einfach verständlichen AGBs, die nur Zustimmung zu jenen Daten erfordern dürfen, die für die Funktionalität eines Dienstes auch erforderlich sind, eine Pflicht zu offenen Programmierschnittstelle (APIs) und das Recht auf „Mitnahme“ der eigenen „Sozialen Daten und Beziehungen“ von einem sozialen Netzwerk zu einem anderen.

6. Digitale Revolution braucht Soziale Revolution

Ohne politische Regulierung kann die Digitalisierung zu einer Art globalen Feudalismus 2.0 verkommen, in dem einige wenige Konzerne willkürlich agieren. Die Alternative dazu ist folgende: Die Gewinne der Digitalisierung müssen umverteilt werden. Denn ohne einen Sozialstaat 4.0 wird es eine digitale Demokratie nicht geben können. Flankiert werden muss die Digitalisierung daher durch soziale Garantien, beispielsweise die soziale Absicherung der zwei Millionen Soloselbstständigen, eine solidarische Bürgerversicherung für alle und das bedingungslose Grundeinkommen als echte Demokratiepauerschale.

7. Für eine Open Source-Infrastruktur – überall & für alle

Die öffentlichen Netzwerke in Energieversorgung, Verkehr und Gesundheitswesen sind Grundlage digitaler Produktivität, die allen zugutekommt. Sie gilt es vor weiterer Privatisierung zu schützen. Um eine öffentlich organisierte Infrastruktur auszubauen

braucht es eine analoge Ordnungspolitik. Wir wollen daher eine für alle zugängliche Infrastruktur: Ein Investitionsprogramm für gute Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege, Mobilität, Energieversorgung und freie Internetzugänge für alle sowie einen entgeltfreien ÖPNV. Zudem gilt: Die komplette Umstellung auf digitale Verfahren vereinfacht vieles, macht aber die Infrastruktur angreifbarer: Die Wasserversorgung ist etwa mit ein paar Mausklicks manipulierbar. Auch deswegen darf Infrastruktur nicht in private Hände geraten.

8. Kultur und Bildung zugänglich machen

Kulturelle Erzeugnisse und wissenschaftliche Erkenntnisse sind ein Produkt der ganzen Gesellschaft und müssen ihr daher auch zur Verfügung gestellt werden. Die Prinzipien dafür sind längst bekannt: Open Access, Open Source, Open Innovation. Öffentliche Subventionen sollten heute an die Veröffentlichung der Ergebnisse gebunden werden. Die neuen Medien ermöglichen eine bisher ungeahnte Chance der Bildung und Kultur für alle. Wir sollten sie endlich nutzen. Wir fordern daher eine Kulturfltrate und die gezielte Förderung der Forschung auf Basis offener Standards.

9. Zivilgesellschaft und effektive Justiz statt Geheimdienste und Überwachung

Mit der Digitalisierung haben auch Überwachung und Kontrolle neue Ausmaße angenommen – ohne, dass es dadurch „mehr Sicherheit“ gäbe. Wir setzen daher auf eine demokratische Sicherheit, die Freiheit für alle zum Ziel hat. Die Verfolgung von Straftaten ist dabei Sache der Justiz, die Verteidigung menschlicher Werte jedoch allgemein auch Aufgabe eines demokratischen Diskurses. Deswegen müssen strafrechtlich relevante Inhalte einerseits von Gerichten verfolgt werden. Dafür braucht es eine bessere Ausbildung des Justizpersonals und die Schaffung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften. Andererseits gilt: Löschen und blo-

cken sind individuell legitime Vorgehensweisen, dürfen aber kein gesellschaftlicher Ansatz sein – denn Menschenverachtung lässt sich nicht löschen. Sie lässt sich nur politisch bekämpfen. Wie das geht, zeigen die Selbstorganisation der Zivilgesellschaft und der Cyberpunk der Internetcommunity. Sie wollen wir daher öffentlich fördern.

10. Die Zukunft erfinden! Linke Politik ist Innovationspolitik

Unsere digital-linke Agenda will mehr als nur eine Modernisierung bestehender Ungerechtigkeiten, also „dasselbe in digital“. Wir wollen eine grundlegende Veränderung, um die emanzipatorischen Potentiale der Technik freizusetzen. Jeder Mensch, der eine selbst entwickelte Lösung eines Problems mit einer offenen Commons-Lizenz versieht, verhindert, dass ein Konzern diese Lösung kommerzialisiert. Aber Macht und Ressourcen zur Entwicklung und Verbreitung solcher Lösungen sind sehr ungleich verteilt. Linke Innovationspolitik muss in diesem Sinne die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Technologien wie der 3D-Druck ihr großes Potenzial für das Gemeinwohl auch realisieren können und nicht durch kapitalistische Marktmechanismen künstlich beschränkt werden.

Wir wollen die neoliberale Version der Digitalisierung, den Plattformkapitalismus, deinstallieren und ein neues, emanzipatorisches Betriebssystem aufspielen. Das ist kein Utopie der Digitalisierung, sondern die politische Realisierung ihrer technischen wie sozialen Möglichkeiten. Wir wollen eine Ökonomie des Gemeinsamen, weil die Zeit dafür gekommen ist.



**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**